

24./IX. 1915

**Die Regierung gegen Preistreiberei auf dem Kartoffelmarkt.**

Das „Wolffsche Büro“ meldet amtlich: Bedauerlicherweise hat die Befürchtung, daß die Kartoffeln für die menschliche Ernährung vor Eintritt des Winters nicht, oder doch nicht zu annehmbaren Preisen der Bevölkerung in den großen Städten und Industriebezirken zugeführt werden könnten, zu einer lebhaften Nachfrage zu einer Zeit geführt, in der die vorwiegend Kartoffeln erzeugenden Bezirke mit der Ernte kaum begonnen haben. Infolgedessen ist vielfach eine Preissteigerung für die Kartoffeln eingetreten, die bei den sehr günstigen Ernteaussichten nicht begründet ist.

Die Bewegung auf dem Kartoffelmarkt wird regierungsseitig mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt. Die Regierung verschließt sich nicht der Ueberzeugung, daß der ärmeren Bevölkerung bei der leider unvermeidlichen Steigerung der Preise für die meisten Lebensmittel die Kartoffeln zu vertretbaren Preisen zur Verfügung gestellt werden müssen. Die hierzu erforderlichen Organisationen sind in Vorbereitung; nötigenfalls wird die Regierung eine Sicherung des für die ärmere Bevölkerung in den Städten und Industriebezirken erforderlichen Bedarfs durch Zwangsmassnahmen herbeiführen.

Im gegenwärtigen Augenblicke läßt sich weder der im freihändigen Ankauf noch zu deckende Bedarf an Eßkartoffeln, noch die Wirkung der hervorragenden Ernte auf die Preisbildung genügend übersehen. Es kann deshalb nur dringend davor gewarnt werden, durch übereilte Eindeckung einer durch die Verhältnisse nicht begründeten Preistreiberei Vorschub zu leisten.

Besonders lebhaft erhobene Klagen aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet haben die Regierung veranlaßt, zunächst für die Zufuhr größerer Kartoffelmengen nach diesem Gebiet Sorge zu tragen.